



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Prüfung der AfD auf ihre Verfassungsmäßigkeit

Aktuell seit 29.07.2025 13:41:42

Angegeben von:

NAJU (Naturschutzjugend im NABU) (R002640) am 29.07.2025

Beschreibung:

Die NAJU fordert mit anderen Verbänden die Bundesregierung, den Bundestag sowie den Bundesrat dazu auf, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der AfD gem. Art. 21 Abs. 2 GG zu beantragen. Dazu müssen jetzt durch Bund und Länder bzw. die zuständigen Behörden die notwendigen Schritte eingeleitet werden und Materialien, die die Verfassungswidrigkeit der AfD belegen, gesammelt werden. Unabhängig davon müssen die Landesregierungen im Rahmen des § 43 Abs. 2 BVerfGG gesetzlich ermächtigt werden, ein Parteiverbotsverfahren gegen einen Landesverband auch dann zu beantragen können, wenn diese Partei ihre Organisation nicht nur auf das Gebiet des jeweiligen Landes beschränkt.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13750 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der "Alternative für Deutschland" gemäß Artikel 21 Absatz 2, 3 und 4 des Grundgesetzes i. V. m. § 13 Nummer 2 und 2a, den §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes

Betroffene Interessenbereiche (3)

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

GG [alle RV hierzu]

BVerfGG [alle RV hierzu]